

Editorial

Liebe lesende Menschen!

Wieder einmal beginnt ein neues Semester und wieder einmal haltet ihr die neue Ausgabe der rot!ation in der Hand. Oder aber ihr seid neu an der Uni Göttingen und lest zum ersten Mal etwas von uns. Für diesen Fall möchten wir uns kurz vorstellen: Als Juso-HSG machen wir Politik mit dem Ziel einer solidarischen, demokratischen und offenen Hochschule. Wir möchten das Studium studierbar gestalten, Bildungshürden abbauen und die Möglichkeiten zur freien Entfaltung fördern. Hierfür setzen wir uns in verschiedenen Gremien wie Fachschaftsräten, im Senat und mehreren Fakultätsräten ein. Mit unserer rot!ation begleiten wir das hochschulpolitische Geschehen und kommentieren aktuelle Entwicklungen.

Dabei versuchen wir immer über den Tellerrand der Universität hinaus zu schauen und auch gesamtgesellschaftliche Themen zu behandeln, wie die angespannte Wohnsituation in Göttingen.

Wenn du also Lust hast dich aktiv in das Geschehen an der Uni einzubringen, dann komm gerne bei uns vorbei. Dafür veranstalten wir zweimal zu Semesterbeginn Einstiegsabende (mehr auf Seite 7)

Zu guter Letzt möchten wir euch noch einen guten Start in die Vorlesungszeit wünschen. Lasst euch nicht hetzen, studiert, was euch interessiert und vergesst vor allem nicht, auch mal Freizeit zu haben.

Eure Juso-Hochschulgruppe

Viele Studis - wenig Wohnraum



Dass in Göttingen nicht genug bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist, um alle Studierenden, die im Wintersemester an die Universität strömen, so unterzubringen, dass ihnen ein Studienbeginn ohne die ständige Sorge um eine Bleibe ermöglicht werden kann, ist allen bekannt. Das wissen die Hochschulgruppen, die Studierenden, das Studentenwerk, die Wohnrauminitiative und das Universitätspräsidium.

Daran sollte doch etwas geändert werden, oder? Doch das geschieht nicht. Selbst, wenn die Möglichkeiten bestehen, Wohnraum zu schaffen oder leerstehenden Wohnraum zu restaurieren, steht die Entwicklung still oder kommt langsam erst und damit viel zu spät in die Gänge.

Das Präsidium tritt hierbei durch eine besonders merkwürdige Politik hervor. Statt leerstehenden Wohnraum wieder bewohnbar zu machen, wie dies in der Geiststraße durchaus möglich wäre, plant sie dort die Errichtung eines Forschungszentrums und redet sich, mit dieser Tatsache konfrontiert, damit heraus, dass sei ja

schon länger geplant gewesen. Es ist aber auch schon länger bekannt, dass eine Wohnraumproblematik besteht. Das weiß die Uni sogar schon seit vielen Jahren. Diese Jahre verbrachten Universitätsleitung und Studentenwerk jedoch nicht damit, über mögliche Lösungen nachzudenken. Wenn sich mit dem Thema beschäftigt wurde, dann endete das meist nur in gegenseitigen Anschuldigungen. Das Präsidium ist im Endeffekt sowieso der Meinung, dass sie mit der ganzen Sache eigentlich gar nichts zu tun haben...das macht doch das Studentenwerk. Dieses entgegnet, mit Recht, es seien keine Mittel da. Da wird dann immer ständig auf irgendwelche Formalitäten des Systems hingewiesen, gegen die man ja nichts machen könne.

Dass eine wirklich langfristige und die Verhältnisse verbessernde Lösung nur in einer gesamten Veränderung der modernen Massenuniversität liegen kann. In einer Umwälzung des bestehenden Systems in ein besseres. Daran besteht für uns aber sowieso kein Zweifel. Deswegen soll es hier

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

einmal nicht um die kläglichen Versuche der universitären Institutionen gehen, sich mit der Wohnraumnot auseinanderzusetzen und auch nicht um die vielen progressiven Lösungsvorschläge durch Wohnrauminitiativen, Hochschulgruppen und anderen Kollektiven. Die Frage ist vielmehr, warum es dem Universitätspräsidium so herzlich egal zu sein scheint, ob Studierende bezahlbaren Wohnraum haben? Warum die Präsidentin, Frau Beisiegel, allen Ernstes der Meinung ist, es sei Studierenden problemlos zuzumuten in den "Speckgürtel" Göttingens zu ziehen ohne das Fehlen auch nur vernünftiger Verkehrsverbindungen überhaupt zu bemerken? Weil die Universitätsleitung (und damit ist nicht nur das Präsidium, sondern auch alle Fakultätsräte und der Senat gemeint) nicht im Interesse der

Studierenden denkt und nicht im Interesse der Studierenden handelt. Dies ist die Leitung einer Universität, die als Stiftung öffentlichen Rechts Teil eines kapitalistischen Wirtschaftssystems ist, von dem sie vollständig durchdrungen wurde. „Die Universität“ interessiert sich nicht für freie Bildung, Meinungs austausch, persönliche Verwirklichung. Sie interessiert sich für Leistung. Sie kann nur diejenigen Leute gebrauchen, die auf der einen Seite ins Ausbildungsbecken springen, brav und kritiklos in zackigem Tempo durchschwimmen, um auf der anderen Seite für den Markt gewappnet wieder herauszukommen. Die Studierendenschaft ist keine homogene Einheit aber viele von uns wollen so nicht sein, wollen diesen Quatsch und die 5 Nebenjobs, die, das mit sich bringt, nicht hinnehmen. Fragt einmal Frau Beisiegel, wie sie es zur Universitätspräsidentin ge-

schaft hat. Dann wird sie euch sagen (egal ob wahr oder nicht), dass das davon komme, dass sie sich nie habe etwas sagen lassen. Dass sie immer wusste was sie wollte, und alles dafür tat, um es zu kriegen.

Deswegen wollen auch wir diesem Beispiel folgen und auf einer von Wohnrauminitiative Göttingen, Grüner Hochschulgruppe und Juso-Hochschulgruppe organisierten Demonstration gegen Wohnungsnot diese Woche deutlich klarmachen, dass wir wollen, was wir brauchen. Und das wir entschlossen sind, zu kriegen, was wir wollen. Darum kommt am 25. Oktober um 14 Uhr zum Wilhelmsplatz. Je zahlreicher wir sind und mit einer Stimme sprechen, desto eher finden wir Gehör bei denen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, sporadisches, vereinzelt Wehklagen gekonnt zu ignorieren.

BAföG-Novelle - Ein Diskussionsbeitrag

Mit der BAföG-Novellierung hat sich der Bund verpflichtet, ab 2015 den Anteil der Länder an der BAföG-Finanzierung zu übernehmen. Im Gegenzug haben sich die Länder verpflichtet, die jährlich frei werdenden ca. 1,17 Mrd. Euro in Schulen und Hochschulen zu investieren. In Niedersachsen stehen durch diese Veränderung 110 Mio. Euro mehr zu Verfügung. Die rot-grüne Landesregierung plant nun, dieses Geld komplett in frühkindliche Bildung zur Finanzierung einer dritten Betreuungskraft in den KiTas fließen zu lassen. Die Hochschulrektorenkonferenz und die niedersächsische Landeshochschulkonferenz kritisieren dieses Vorgehen als Wortbruch, da den Hochschulen Mittel vorenthalten würden, die ihnen zustünden.

Bildung beginnt jedoch schon mit der frühkindlichen Betreuung und die Gelder werden auch dort dringend benötigt. In Niedersachsen ist der gesamte Bildungssektor durch die jahrelange Kürzungspolitik der schwarz-gelben Koalition unterfinanziert. Das betrifft KiTas, Schulen und Hochschulen gleichermaßen. Einzelne Bildungsbereiche gegeneinander auszuspielen erscheint daher als der falsche Weg. Was wir brauchen sind mehr Mittel für den gesamten

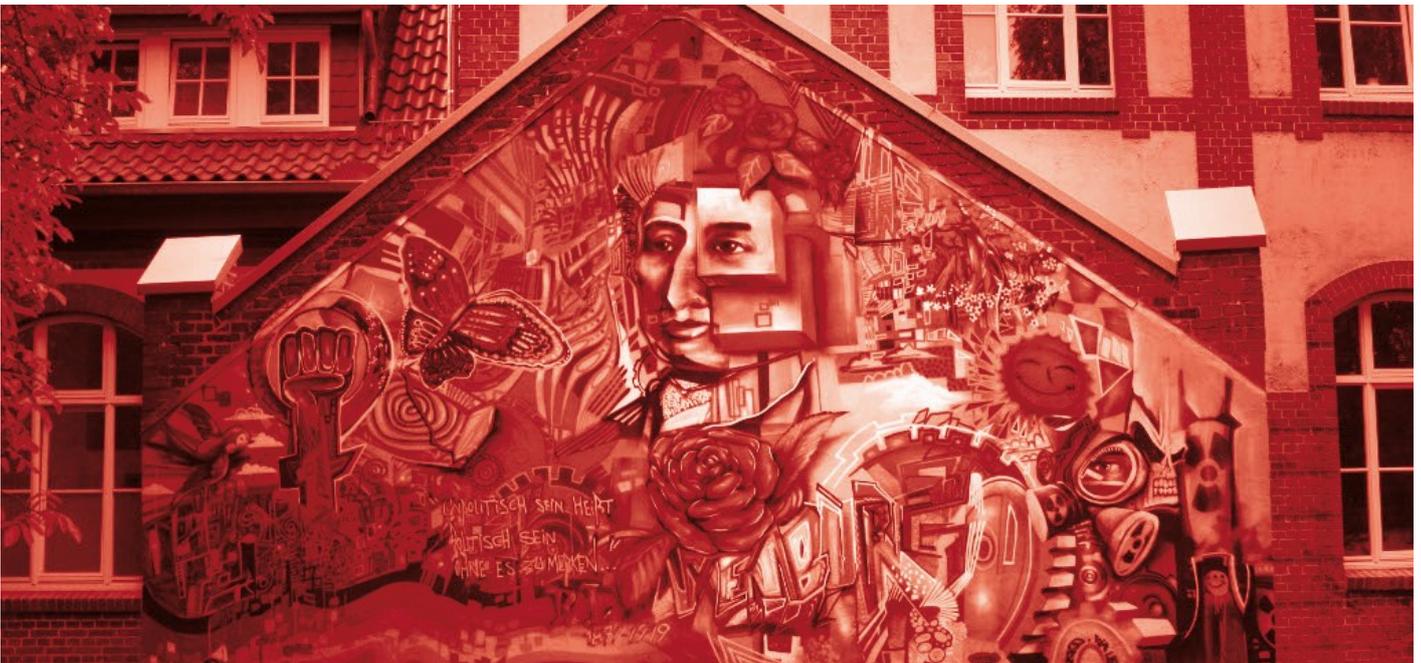


Bildungsbereich, denn bereits 2010 wurde in einem Arbeitspapier für die Hans-Böckler-Stiftung festgestellt, dass die inflationsbereinigte Grundfinanzierung der Hochschulen in Deutschland seit den Neunzigern rückläufig ist. Auch liegt der Anteil der Bildungsausgaben hierzulande deutlich unter dem OECD Durchschnitt.

Positiv bleibt zu bewerten, dass die rot-grüne Landesregierung die nun frei werdenden Mittel in neue Stellen

im Bildungsbereich investieren will und nicht wie in Hamburg das Geld lediglich zur Gegenfinanzierung bereits getätigter Ausgaben verwendet, sprich die Gelder zur Haushaltskonsolidierung quasi zweckentfremdet.

Darum fordern wir als Juso-Hochschulgruppe Göttingen eine bessere Ausfinanzierung des gesamten Bildungssektors, ohne dabei einzelne Bereiche gegeneinander auszuspielen.



Uni ohne AStA?!

Bericht über ein halbes Jahr Stillstand

Die AStA Koalition aus Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF), Ring Christlich Demokratischer Studenten [sic!] (RCDS) und Unabhängige Mediziner (UM) ist nun gut ein halbes Jahr im Amt und wie wir sehen, sehen wir nichts.

Sowohl ADF als auch UM bezeichnen sich selbst als unpolitisch und das ist auch Programm. Vorträge zu aktuellen politischen Ereignissen sind rar und wenn, sind sie so unkritisch wie möglich gehalten, um ja nicht anzuecken. Die Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Problemen in Uni und Gesellschaft wird konsequent gemieden. Das passt ins Bild, war doch eine der ersten Leistungen der rechten Koalition das Referat für politische Bildung, das vor drei Jahren auf Betreiben der Juso-HSG eingerichtet wurde, wieder abzuschaffen. Auch die Betreuung der Erstsemesterstudierenden liegt brach. Der Betreuungsstand vor dem Glaskasten im ZHG wirkt meistens verwaist und auch Infobroschüren des AStA sucht man dort vergebens. Zusätzlich schafft es der Öffentlichkeitsreferent vom RCDS nicht den seit Jahren beliebten Campus Calendar, der jedes Jahr vom AStA aufgelegt wurde, zu erstellen. Wie sollte er auch neben Jagdscheinprüfungen und Urlaub. Da scheinen die 700 € Studierendengelder pro Monat Aufwandsentschädigung gut angelegt zu sein.

Die Vertretung studentischer Interessen findet kaum statt. Die Referent*innen, die dafür recht gut bezahlt werden, sind nur selten im AStA anzutreffen. Das Engagement scheint hier nur der Aufbesserung des Lebenslaufs und der eigenen Brieftasche zu dienen. Der RCDS fordert eh die Abschaffung der verfassten Studierendenschaft und macht auch gleich vor, warum einen so betriebenen AStA tatsächlich kein Studi braucht. Außer den AStA-Garten für die Besäufnisse ihrer Verbindungen (Kritik an Studentenverbindungen siehe S. 6), zu nutzen ist wenig von den Referenten (es sind nur Männer) des RCDS zu hören. Der Öffentlichkeitsreferent versucht sich seit einem halben Jahr daran ein Corporate-Design zu entwerfen und scheitert doch schon über Monate an einem Logo. Der Finanzreferent glänzt durch Abwesenheit und bearbeitet die Abrechnungen der Fachschaften nur schleppend. Insgesamt ist es schwer Informationen vom AStA zu bekommen. Nicht nur, dass Sozialsprechstunden ohne Ankündigung ausfallen, auch Protokolle der öffentlichen Sitzungen werden nur sporadisch auf der Homepage veröffentlicht und auf Anfragen per Mail oder im Studierendenparlament (StuPa) wird kaum geantwortet.

Die aktuelle AStA Koalition zeigt auf, wie man sich selbst die Taschen auf Kosten der Studierendenschaft füllt, ohne dafür einen Handschlag zu tun. Ob die Uni Göttingen nun diesen AStA hat oder keinen, der Unterschied wäre kaum bemerkbar.

Worum es uns dabei geht, ist nicht einfach nur zu meckern. All diese Kritikpunkte sollen in erste Linie klar machen, dass hier Hochschulgruppen jährlich zu den Uniwahlen antreten, die auf ihre unpolitische Sachpolitik verweisen und sich als Garanten für einwandfreien Service darstellen. Und dann mal gar nichts zustande bekommen. Der derzeitige AStA vertritt überhaupt nichts, er bringt keinem Studi das Geringste. Die Gruppen, die dieses Jahr im Januar mehrheitlich gewählt und den Einzug in den AStA ermöglicht wurde, treten maximal noch für sich selbst ein und auch das ist nicht unbedingt immer gegeben.

Also weg damit. Weg mit diesem AStA. In wenigen Monaten stehen die nächsten Uniwahlen an und eins ist sicher, egal ob Basisdemokratisches Bündnis, Grüne Hochschulgruppe, SRK oder Juso-HSG. Besser als die ADF und der RCDS sind wir alle in jedem Fall. Alle die vor einem Jahr schon an der Uni waren, wissen das auch. Darum eure Stimme gegen den aktuellen Mist, wir vertrauen darauf!

Politik in Auszügen

An dieser Stelle werden wir künftig knappe Auszüge aus Schriften der politischen Theorie abdrucken, die für uns gedanken- und diskussionsanregende Inhalte vermitteln. Wir beginnen mit einer Passage aus Hannah Arendts berühmtem Essay „Macht und Gewalt“, der 1969 vor dem Hintergrund der Studierendenproteste in Berkeley und an anderen großen US-amerikanischen Universitäten entstand. Darin präzisiert Arendt ihren kommunikativen, antiinstrumentellen Begriff von Macht als deliberativem Gruppeneffekt – als einer Potentialität, die zwischen Menschen entstehe und die sich wieder auflöse, sobald diese Menschen auseinander gehen. Nur wer Anteil an öffentlicher Macht hat, kann sich Arendt zufolge wirklich frei nennen. Die anonyme Bürokratie der modernen Staatsapparate bedroht unsere öffentliche Freiheit – und sie steigert die Neigung zur Gewalt, die immer antipolitischer Natur ist. Einen Hoffnungsschimmer sah Arendt jedoch in den Versuchen der Protestierenden, neue Formen partizipativer Demokratie auszuprobieren.

Je mehr die Bürokratisierung des öffentlichen Lebens zunimmt, desto stärker wird die Versuchung sein, einfach zuzuschlagen. Denn in einer vollentwickelten Bürokratie gibt es, wenn man Verantwortung verlangt oder auch Reformen, nur den Niemand. Und mit dem Niemand kann man nicht rechnen, ihn kann man nicht beeinflussen oder überzeugen, auf ihn keinen Druck der Macht ausüben. Bürokratie ist diejenige Staatsform, in welcher es niemanden mehr gibt, der Macht ausübt; und wo alle gleichermaßen ohnmächtig sind, haben wir eine Tyrannis ohne Tyrannen. Was die Studentenunruhen in der ganzen Welt miteinander gemeinsam haben, ist, dass sie sich überall gegen die bestehenden Bürokratien richten. Das erklärt, was auf den ersten Blick so verwirrend wirkt, dass nämlich die jungen Rebellen im Osten genau die Rede- und Gedankenfreiheiten fordern, welche ihre Kollegen im Westen als irrelevant ablehnen oder gar für eine Art von Betrug halten. Im Rahmen ideologischen Denkens, in denen diese Diskussionen zumeist geführt werden, ist das schwer verständlich; im Rahmen der wirklichen



Tatbestände stellt sich die Sache einfacher dar. Schließlich ist es den ungeheuren Parteiapparaten überall gelungen, die Staatsbürger inklusive der Parteimitglieder völlig zu entmachten, und die gilt auch für die Länder, in denen der Schutz der elementaren Bürgerrechte noch funktioniert. Die Rebellen des Ostens fordern Rede- und Gedankenfreiheit als die unerlässliche Vorbedingung politischen Handelns; die Rebellen des Westens leben unter Verhältnissen, in denen diese Vorbedingungen nicht mehr die Wege des politischen Handelns öffnen. Worum es im Westen geht, ist tatsächlich der „Praxisentzug“ [...]. Das Absterben des Staates und des Gemeinnsinns, der sich nur in einem öffentlichen Raum zur Geltung bringen kann, der damit verbundene „Praxisentzug“ und das Überhandnehmen der reinen Verwaltung – von der sich noch Engels, uns unverständlicherweise, so viel versprach –, all dies hat eine lange Geschichte, die mit der Neuzeit anhebt. Aber dieser Prozess ist in den letzten hundert Jahren durch das Aufkommen der riesigen Parteibürokratien noch erheblich beschleunigt worden. [...]

Was den Menschen zu einem politischen Wesen macht, ist seine Fähigkeit zu handeln; sie befähigt ihn, sich mit seinesgleichen zusammenzutun, gemeinsame Sache mit ihnen zu machen, sich Ziele zu setzen und Unternehmungen zuzuwenden, die ihm nie in den Sinn hätten kommen können, wäre ihm nicht diese Gabe

zuteil geworden: etwas Neues zu beginnen. Philosophisch gesprochen ist Handeln die Antwort des Menschen auf das Geborenwerden als eine der Grundbedingungen seiner Existenz: da wir alle durch Geburt, als Neuankömmlinge und als Neuanfänge auf die Welt kommen, sind wir fähig, etwas Neues zu beginnen; ohne die Tatsache der Geburt wüssten wir nicht einmal, was das ist: etwas Neues; alle „Aktion“ wäre entweder bloßes Sichverhalten oder Bewahren. Keine andere Fähigkeit außer der Sprache, aber weder Verstand noch Bewusstsein, unterscheidet uns so radikal von jeder Tierart. Etwas tun und etwas beginnen ist nicht das gleiche, aber beides ist eng miteinander verknüpft. Alle dem Leben zugeschriebenen schöpferischen Qualitäten, die sich angeblich in Macht und Gewalt manifestieren, sind in Wahrheit einzig der Fähigkeit zu handeln geschuldet. Zeugen und Gebärden sind so wenig „schöpferisch“ wie Sterben eigentlich „vernichtend“ ist. Sie sind nur die verschiedenen Phasen des gleichen, unvergänglichen Kreislaufs, in den alles Lebendige gebannt ist. Macht und Gewalt sind keine Naturphänomene und können mit Metaphern, die dem Lebensprozess entnommen sind, niemals adäquat erfasst werden. Ich glaube, es lässt sich nachweisen, dass keine andere menschliche Fähigkeit in solchem Ausmaß unter dem „Fortschritt“ der Neuzeit gelitten hat wie die Fähigkeit zu handeln. Denn Fortschritt nennen

wir den erbarmungslosen Prozess des Mehr und Mehr, Größer und Größer, Schneller und Schneller, der immer gigantischerer Verwaltungsapparate bedarf, um nicht im Chaos zu enden. Woran Macht heute scheitert, ist nicht so sehr die Gewalt als der prinzipiell anonyme Verwaltungsapparat. Auf dem Höhepunkt des tschechoslowakischen Experiments mit der Freiheit definierte der Schriftsteller Pavel Kohout den freien Bürger als einen „Bürger-Mitregenten“. Damit meinte er nichts anderes als jene Mitbestimmungsdemokratie (participatory democracy), die in den letzten Jahren im Westen überall den modernen Repräsentativ-Systemen entgegengestellt worden ist. Kohout fügt hinzu, dass die Welt offenbar eines „neuen Beispiels“ bedürfe, sollen „die nächsten tausend Jahre nicht zu einem Zeitalter überzivilisierter Affen“ führen – bzw. die Menschen, wie der weit pessimistischere russische Physiker Sacharow ausführt, zu Hühnern oder Ratten werden, denen man „mittels mit dem Gehirn gekoppelten Elektroden“ „angenehme elektronische Reize“ versetzt und die von „weisen Ratschlägen ihrer künftigen geistigen Helfer, den künstlichen Denkautomaten“ regiert werden. [...] Die Praktiken der Gewalt werden schwerlich dies neue Beispiel zu setzen imstande sein, obwohl ich meine, dass ihre Verherrlichung zu einem

guten Teil die endliche Folge des zeitlichen „Praxisentzugs“ ist. (Wer könnte leugnen, dass die Krawalle in den amerikanischen Ghettos und die Unruhen an den Universitäten „den Beteiligten ein Gefühl des Zusammenhandelns geben, zu dem sie anders schwerlich je Gelegenheit haben“?) Ob diese Vorgänge der Beginn von etwas Neuem oder, wie die Technokraten glauben, nur der Anfang vom Ende sind, die letzten Manifestationen einer Fähigkeit, welche die Menschheit zu verlieren im Begriff steht, wissen wir nicht. Mit größerer Bestimmtheit können wir sagen, dass das „neue Beispiel“, wenn überhaupt, nur in relativ kleinen Ländern oder kleinen, genau umschriebenen Sektoren der Massengesellschaften eine Chance haben kann. Denn die in den letzten Jahren so offenkundig gewordenen Desintegrationsprozesse erfassen alles, was ursprünglich dazu bestimmt war, den Bedürfnissen der Massengesellschaften zu dienen. Überall zeigt sich die Unmöglichkeit, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden: in der Schule

und bei der Polizei, im Post- und Transportwesen, bei der Müllabfuhr und der Verunreinigung von Luft und Wasser, auf den Autobahnen mit ihrer hohen Todesrate und beim Verkehrsproblem in den Großstädten. Je größer und moderner eine Organisation ist, desto verletzlicher wird sie, und wiewohl niemand mit Bestimmtheit zu sagen vermag, wo und wann der kritische Punkt erreicht ist, können wir doch gerade bei den Supermächten deutlich beobachten, wie die Ohnmacht in ihnen anwächst. Das gilt in besonderem Maße für die gigantischen Parteiapparate im Osten wie im Westen, für die Ein-Partei-Diktaturen wie für die Zwei-Parteien-Systeme in England und Amerika und das europäische Vielparteien-System. Unter den politischen Institutionen ist die Partei die jüngste; sie sollte den politischen Erfordernissen der Massengesellschaft Rechnung tragen und ein Repräsentativsystem ermöglichen, wo direkte Demokratie nicht mehr möglich war, weil „der Raum nicht alle fasst“ (John Selden).



Was ist eigentlich mit dem Stilbrvch?

Das Stilbrvch, der studentische Veranstaltungskeller auf der Rückseite des VG, wird seit nunmehr über drei Jahren vom Kulturkollektiv betrieben. Um diese selbstverwaltete, basisdemokratische Struktur von den politischen Mehrheiten im Studierendenparlament zu entkoppeln und so langfristig zu sichern, soll ein eigenes Referat geschaffen werden. War dieser Prozess in der letzten Legislaturperiode an der Blockadehaltung der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF) gescheitert, so gibt es seit Mitte der laufenden Wahlperiode eine eigens geschaffene Kommission, die eine Ausgründung eines selbstverwalteten Referates bis Ende des Jahres erarbeiten soll. Die Juso-HSG arbeitet zusammen mit dem Kulturkollektiv in der Kommission konstruktiv an einem tragfähigen Konzept, das die aktuelle Struktur in rechtlich standhafte



Ordnungen überführen soll. Doch auch hier zeigen sich nach wie vor Differenzen mit der ADF. Die Ausgestaltung der Selbstverwaltung ist dabei immer wieder Streitpunkt, da die ADF sich mit dem aktuellen Kon-

zept schwer tut, das einen Machtverlust für sie bedeuten würde. Wir werden weiterhin daran arbeiten, das Stilbrvch mit dem Kulturkollektiv zu erhalten und so einen kreativen Freiraum am Campus zu bewahren.



Männerbünde anfechten!

Ein Blick auf Studentenverbindungen zu Semesterstart

Das Wintersemester beginnt und wieder suchen viele Erstsemesterstudierende nach einer Bleibe. Dabei stoßen viele immer wieder auf solche Anzeigen: „Geräumiges Zimmer in Altbau-Villa mit Garten für 130 €“. Doch handelt es sich nicht um eine gewöhnliche WG, die nach neuen Mitbewohner*innen sucht. Solche Angebote stammen von Studentenverbindungen, die wie jedes Jahr mit verlockenden Zimmerangeboten auf Mitgliederfang gehen. Aber was sind Studentenverbindungen eigentlich? Viele geben sich nach außen häufig ein gesellschaftlich akzeptiertes, bürgerlich-konservatives Image. Das Spektrum der Verbindungen reicht jedoch bis zum äußersten rechten Rand, an dem ein völkischer Nationalismus vertreten wird, der auf Blut- und Boden-Logik basiert und einen faschistischen Kern besitzt. Auch wenn sich viele eher unpolitisch geben, findet sich in den meisten eine



autoritäre, strikt hierarchische und (völkisch-) nationale Denkweise. Zwar gibt es auch etwas liberalere Verbindungen, die strukturell sexistische, anti-emanzipatorische Organisationsweise ist aber der Normalfall. Das Weltbild ist dabei häufig rassistisch, sexistisch, nationalistisch und hierarchisch geprägt. Frauen, Homosexuelle, Migrant*innen oder auch Kriegsdienstverweigerer sind nur in den wenigsten erwünscht. Die hierarchische Struktur zeigt sich durch einen ritualisierten Gehorsam der neueren Mitglieder gegenüber den älteren, der ein fester Bestandteil des Lebens „auf dem Haus“ ist. Zentral sind auch die „traditionellen“ Sitten und Gebräuche. Dazu zählen oft erniedrigende und nicht selten sadistische Rituale, sowie ein unverhältnismäßiger, exzessiver Alkoholkonsum, der teilweise auf Befehl erfolgt. Unterschiede bestehen bei den Verbindungen hinsichtlich des

„Farbentragens“ und ob sie schlagend sind. In sogenannten farben-tragenden Verbindungen, tragen die Mitglieder innerhalb ihrer Häuser und auf Veranstaltungen ein Band mit den Farben ihrer Verbindung. Das ist auf dem Campus der Uni Göttingen allerdings untersagt. Wenn eine Verbindung schlagend ist, bedeutet

Impressum

Auflage: 2000

Druck: AktivDruck & Verlag Göttingen, gedruckt auf Recyclingpapier

V. i. S. d. P.: Jakob Fitzer

Kontakt:

Juso-Hochschulgruppe
c/o SPD-Stadtverband Göttingen
Nikolaistraße 30
37073 Göttingen

kontakt@linke-kraft.de
www.linke-kraft.de

www.twitter.com/JusoHSG_goe
www.facebook.com/JusoHSG.goe

dies, dass ihre Mitglieder die sogenannte Mensur fechten müssen. Dieser tradierte Männlichkeitsbeweis soll die Furchtlosigkeit zeigen, die aus ihrer Sicht „echten Männern“ zugeschrieben wird. Hier zeigt sich ein weiteres Mal ein tief verankerter Sexismus. Ist das Schlagen der Mensur freiwillig, handelt es sich um eine fakultativ schlagende Verbindung. Darüber hinaus sind manche Verbindungen auch konfessionell gebunden.

Das Frauenbild vieler Verbindungen offenbart ihr reaktionäres Gedanken-gut. Frauen können zumeist keine Mitglieder werden und auch die Frau-

en und Freundinnen der Mitglieder werden nur zu oft als nicht gleichwertig betrachtet. Sie dürfen zwar auf manche Feiern kommen, sind aber von den meisten Aktivitäten aufgrund ihres Geschlechts ausgeschlossen. Auch werden Frauen angeblich „typisch weibliche“ Attribute wie Schwäche und Emotionalität zugeschrieben. Dadurch reproduzieren Studentenverbindungen ein patriarchales Herrschafts- und Gesellschaftssystem.

All dies steht emanzipatorischen Ansichten entgegen. Eine befreite Gesellschaft muss diese reaktionären Positionen der ewig Gestrigen überwinden! Gerade in einer Zeit, in

der es Verbindungen vermehrt gelingt, sich und ihre Anschauungen mit Partys, Mitwirkung an Orientierungsphasen oder des Angebots günstiger Zimmer gesellschaftsfähig zu machen.

Deshalb: Augen auf bei der Wohnungssuche!

Und für alle die kurzfristig nichts finden, hat die Wohnrauminitiative Göttingen ein Camp im Garten der Humboldtallee 9 errichtet. Dort findet ihr einen Schlafplatz, Essen und viele Infos rund um das Thema Wohnen in Göttingen. Außerdem könnt ihr Kontakte für einen möglichen WG-Platz knüpfen und nette Leute kennenlernen.

Die Juso-Hochschulgruppe

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind die Juso Hochschulgruppe. Also junge Sozialist*innen an der Universität und damit formal so etwas wie der Hochschulverband der Jusos in der SPD. Wir sehen uns aber als unabhängig insoweit, dass wir selbstständig politische Inhalte erarbeiten und damit an der Hochschule auch eigenständige Positionen vertreten. Schwerpunkt ist die Vertretung studentischer Interessen an der Universität selbst. Gesellschaftliche Strukturen und Zwänge machen aber vor den Toren einer Universität nicht halt. Daher stehen wir im Rahmen unserer politischen Aktivitäten für das allgemeinpolitische Mandat der Studierendenvertretung ein und beziehen zu gesellschaftspolitischen Themen aller Art Stellung.

Dennoch macht die politische Tätigkeit in der studentischen und akademischen Selbstverwaltung einen großen Teil unserer Arbeit aus. Eines der zwei studentischen Mitglieder im Senat kommt aus unseren Reihen. Wir sind als gemeinsame Liste zusammen mit der Grünen Hochschulgruppe mehrheitlich in den Fachschaftsräten der Sozialwissenschaftlichen und der Philosophen Fakultät vertreten, sowie im Studentenwerk und natürlich zurzeit als Teil der Opposition im Studierendenparlament, wo wir die AStA-Koalition aus ADF und RCDS kritisch verfolgen. Unsere Positionen zeichnen sich hierbei immer mehr

durch einen antikapitalistischen Blickwinkel aus. Auch nach der Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren sind noch lange nicht alle Bildungsgebühren abgeschafft, die moderne Universität ist eine Massenuniversität, die sich in erster Linie als marktgerechte Ausbildungsstätte begreift. Kritisches Denken wird nach allen Kräften unterbunden, die Ökonomisierung der Hochschule ständig vorangetrieben. Gegen diese Tendenzen wollen wir alle oppositionellen Kräfte aufbieten. Der Glaube an die Möglichkeit einer befreiten Gesellschaft steht damit für uns nicht im Geringsten in Widerspruch zur alltäglichen politischen Arbeit im Universitätssystem, sondern geht darin auf. Antirassistische, antinationalistische und antisexistische Grundsätze gehen damit Hand in Hand. So lehnen wir das moderne, als liberal getarnte, Verbindungswesen, deren Männerbünde in Wahrheit nichts weiter sind als sexistische Kadergruppen, strikt ab.

Wenn ihr euch aber im Detail ein Bild unserer Arbeit machen wollt, lest ihr am besten jetzt erst einmal diese Ausgabe unserer Rotation und wenn ihr Lust habt, an der Universität linkspolitisch tätig zu werden, dann kommt einfach bei uns vorbei. Wir treffen uns jeden Donnerstag um 20.15 Uhr im AStA-Gebäude in der Goßlerstraße 16a.



Du interessierst dich für Hochschulpolitik und möchtest dich einmischen?

Komm zu unserer
Mitgliederversammlung
jeden Donnerstag
um 20 Uhr c.t.

oder

zu unseren **Infoabenden**
am **06.11.** und **20.11.**
um 20 Uhr c.t.

im Rosa-Luxemburg-Haus
(AStA-Gebäude,
Goßlerstr. 16a)

Wofür wir stehen

Die Abschaffung jedweder Form von Studiengebühren

Die allgemeinen Studiengebühren sind nun auch zu diesem Wintersemester endlich in Niedersachsen abgeschafft worden – wir sind derzeit die letzten, die sie noch zahlen. Doch nicht nur durch sie wird Studierenden der Zugang zum und das Studium an sich erschwert. Seien es Langzeitstudiengebühren, Verwaltungskostenbeiträge, Studienkonten oder aber sonstige Beiträge, die während des Studiums erhoben werden: Sie alle gehören abgeschafft! Gerade diejenigen Studierenden, die wenig Geld zur Verfügung haben und sich neben dem Studium etwas dazu verdienen müssen, Studierende mit Kind oder aber mit Beeinträchtigung und/oder chronischer Erkrankung haben es in der Regel schwer, sich mit den Belastungen, die ein Studium mit sich bringt, auseinanderzusetzen. Bildung darf nicht länger am Geldbeutel derjenigen, die sie in Anspruch nehmen, oder an dem ihrer Eltern hängen!

Die kritische Begleitung des Bologna-Prozesses

Das modularisierte Bachelor-/Master-Studium bringt zwar theoretisch viele Vorteile, praktisch jedoch meist Nachteile mit sich: Die europäische Mobilität ist nicht gestiegen, der Berufseinstieg nach dem ersten Abschluss nicht gegeben. Andere europäische Länder machen vor, wie es besser funktionieren kann. Hier gilt es, konsequent nachzubessern. Insbesondere die Verschulung des Studiums ist wieder rückgängig zu machen und durch selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Lernen zu ersetzen. Nicht eine Ausbildung zur Fachidiotin oder zum Fachidioten, sondern die universelle Bildung eines jeden Menschen muss in den Mittelpunkt gerückt werden.

Die Förderung der Gleichstellungspolitik an Hochschulen

Seit vielen Jahren schaffen mehr Mädchen als Jungen das Abitur und strömen auch an die Hochschulen – doch immer noch liegt der Anteil der weiblichen Professuren im bundesdeutschen

Schnitt unter zwanzig Prozent. Wir fragen uns: Wie kann das sein? Je höher der akademische Grad steigt, um so mehr nimmt der Anteil der Frauen ab. Dem wollen wir konsequent entgegenwirken: In Berufungskommissionen und Vorstellungsgesprächen sollen gezielt Frauen gefördert werden, diesen Weg einzuschlagen. In einer Vielzahl der Fälle werden Männer strukturell bevorzugt. Und auch Migrant*innen und Personen mit Behinderung und/oder chronischer Erkrankung sind immer noch deutlich unterrepräsentiert. Wir wollen allen Menschen den gleichen Zugang zu Karrierechancen eröffnen.

Der kontinuierliche Kampf gegen rassistisches, antisemitisches oder sonstiges menschenverachtendes Gedankengut an Hochschulen und in der Gesellschaft

Ressentiments beherrschen auch heute noch den alltäglichen Umgang der Menschen miteinander. Stammtischparolen prägen zu häufig den Diskurs, und auch rechts-offene Positionen finden immer noch Gehör. Von all dem grenzen wir uns ab! Jede und jeder hat ein Recht darauf, sich frei entfalten zu können, unabhängig von Herkunft, sexueller Orientierung oder sonstiger gesellschaftlich zugeschriebenen Kategorien. Die Vielfalt ist, wovon Pluralismus lebt – und dafür wollen wir uns stark machen. Gegen Stigmatisierung und Vorverurteilung gehen wir auch auf der Straße vor – wir möchten, dass sich jede und jeder zu jedem Zeitpunkt anerkannt und wohl fühlt!

Das Streiten für soziale Gerechtigkeit an der Hochschule

Noch immer nehmen nur etwa 20 Prozent aller Abiturient*innen aus Familien mit nicht-akademischen Hintergrund ein Hochschulstudium auf; hingegen etwa 80 Prozent derjenigen, deren Eltern studiert haben. Das liegt

zum Großteil am Bildungssystem mit all seinen Hürden selbst. Denjenigen, die Probleme mit der Aufnahme eines Studiums haben, soll beiseite gestanden werden! Wir stehen ein für die Weiterentwicklung des BAföG, das vor allem Studierenden aus bildungsfernen Schichten ermöglichen soll, ein Studium aufzunehmen. Wir möchten, dass alle, die es möchten, ein Studium aufnehmen können, unabhängig von den Ressourcen, die von zu Hause mitgegeben werden. Wir wollen Eltern ermöglichen, ein Studium aufzunehmen, ohne sich jede Sekunde der Kindererziehung hinzugeben; wir wollen, dass endlich alle Menschen studieren können!

Die Beteiligung an Gremien der studentischen sowie akademischen Selbstverwaltung und somit die Vertretung von studentischen Interessen

Ob im Senat, den Studienkommissionen, den Fachschaftsräten oder sonst wo: Wir stehen für die Interessen aller Studierenden ein! Hierbei liegen uns insbesondere die Studienbedingungen am Herzen: Barrieren jedweder Art müssen abgebaut werden. Und auch alle anderen für Studierende relevanten Themen greifen wir immer wieder auf. Wir möchten, dass jede und jeder so studieren kann, wie sie und er will. An der Sozialwissenschaftlichen Fakultät haben wir einiges erreicht, zum Beispiel durch Streichcredits und die Abschaffung der Anwesenheitspflicht. Doch das reicht uns nicht: Teilzeitstudiengänge müssen endlich mit dem BAföG kompatibel sein. Ehrenamtliches Engagement muss anrechenbar sein. Anwesenheitslisten gehören in jedem Bereich abgeschafft. Dafür setzen wir uns ein: Jeder und jedem muss ein Studium gewährleistet sein, dass ihren und seinen Ansprüchen entspricht und das den individuellen Stärken und Schwächen Rechnung trägt. Wir wollen das beste für alle – und das können wir nur zusammen mit allen erreichen. Eure Ideen sind das, was uns bewegt. Und deshalb bringen wir sie für euch auf jeder Ebene für euch ein.

